

Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2017 des Stadtrats

GR Nr. 2018/131 vom 4. April 2018

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Mit Ausnahme des Präsidialdepartements hat jede Referentin und jeder Referent zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2017 geführt, in der GPK über das Gespräch Bericht erstattet und zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein grundlegendes Instrument, um die Arbeit der Exekutive und Verwaltung zu prüfen, allerdings beschränkt sich die GPK selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadtratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK diese Arbeit entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamtkommission wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit dem Direktor der Finanzkontrolle, mit der Ombudsfrau halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten ein Mal pro Jahr,

¹ Präsidentin Christine Seidler (SP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Markus Kunz (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

ausser es liegen besondere datenschutzrechtliche Fragen vor, was dann einen intensiveren Austausch zur Folge hat. Zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Die GPK berichtete dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit in ihrem Bericht vom 22. Januar 2018 über ihre Tätigkeit im Jahr 2017. Sie verzichtete auf eine Beratung im Gemeinderat mittels eines Beschlussantrags.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Die GPK hat den Geschäftsbericht des Stadtrats in einem mehrstufigen Verfahren geprüft.

Aufgrund der Neukonstituierung des Gemeinderats und der GPK konnten die Referentinnen und Referenten nicht wie sonst das Gespräch mit den Vorsteherinnen respektive den Vorstehern des jeweiligen Departements, respektive der Allgemeinen Verwaltung vor der ersten Lesung des Geschäftsberichts durchführen. Dies führte im Vergleich zu den Vorjahren zu einer erheblich grösseren Anzahl an schriftlichen Rückfragen.

Nach einer halbtägigen Sitzung haben die GPK-Mitglieder in weiteren Sitzungen einerseits über das Gespräch mit dem zuständigen Stadtratsmitglied und der Stadtschreiberin informiert, andererseits die Antworten auf die Rückfragen beraten und bei Bedarf weitere Rückfragen mündlich oder schriftlich gestellt. Die Beratung der Antworten im Rahmen der zweiten Lesung gab aber wenig Anlass zu weiteren Rückfragen.

Wie im Vorjahr waren für die GPK mit der dritten Lesung mit Ausnahme des Gesundheits- und Umweltdepartements alle Fragen genügend beantwortet, so dass im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts 2017 keine weiteren Rückfragen mehr gestellt wurden.

2.1 Allgemeine Verwaltung

Die Stadtkanzlei, die von der Stadtschreiberin geführt wird, ist das Herz der Stadtverwaltung; hier laufen die Fäden zusammen.

Für die Stadtkanzlei standen die Schulung des Personals in den Stimmlokalen im Vordergrund, aber auch die Digitalisierung des Amtsblatts stellte hohe Ansprüche.

Da sich auf Beginn 2018 die Voraussetzungen für die Einbürgerungen änderten, wurden durch die für die Vorbereitung der Einbürgerungen verantwortliche Stadtkanzlei 40 000 Informationsbriefe verschickt.

Hauptschwerpunkt in der Arbeit der Stadtverwaltung war im Berichtsjahr die Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes, das sich in vielen Bereichen auswirkt. Beispielsweise gibt es für den Gemeinderat und die Geschäftsprüfungskommission kürzere Fristen, die sich in der Bearbeitung des Geschäftsberichts einschneidend auswirken.

Der Stadtrat arbeitete die langfristige Planung und die Setzung von Strategie-Schwerpunkten aus. Als solche Schwerpunkte figuriert die Einführung der Tagesschulen für das Jahr 2025 und die Schliessung der Lücken in der Kinderbetreuung; aber auch der Ausbau der Veloinfrastruktur steht auf der Agenda. Dann geht es ebenfalls darum, den Werkplatz in der Stadt Zürich zu stärken und auch die Förderung des preisgünstigen Wohnraums durch geeignete Instrumente besser einzuplanen. Nicht zuletzt will sich der Stadtrat im Nachtleben engagieren, um Wege zu finden, die die Anwohner/-innen, insbesondere an der Langstrasse, vor Immissionen schützen.

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Aufgrund der Behandlung in der GPK ergaben sich 47 Fragen und 3 Rückmeldungen, die schriftlich formuliert wurden. Die Besprechung des Referenten mit dem Departementssekretär und der Stabschefin der Stadtpräsidentin fand nach der Behandlung in der GPK statt. Dafür wurden Fragen selektiert.

Die Rückfragen der GPK waren umfassend und betrafen verschiedenste Bereiche und Aspekte des Departements. Exemplarisch erwähnt seien: Die neue, verwaltungsintern fokussierte Stelle für das Thema «Behinderung» im Stab der Stadtpräsidentin; das Theaterspektakel unter dem Titel «Festival der Extreme»; Auswahlkriterien für Gastautorinnen und Gast-

autoren von «Writers in Residence»; die Inventarisierung und Standorterfassung von Kunstwerken; Angaben zum jährlichen Energiebedarf und zur Energieeffizienz des Krematoriums Nordheim; das Projekt «Konzentration der Kräfte» des Personenmeldeamts und die Analyse zur Erreichbarkeit der drei neuen Kreisbüro-Standorte; der Stand von Records Management in der Stadt; Auswirkungen des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 auf das Stadtarchiv; Ergebnisse des Projekts «Handel im Wandel»; der wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit Hongkong; der Stand des Projekts «Marina Tiefenbrunnen»; die Prüfung der Lohngleichheit durch die Fachstelle für Gleichstellung bei Unternehmen und privaten Institutionen, die einen Auftrag der Stadt Zürich erhalten oder mit ihr einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben. Die GPK erhielt zu allen Fragen umfangreiche Antworten. Sie prüfte zudem das neue Reglement der zentralen Personendatenplattform OMEGA.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Die Rolle der Stadt Zürich als Arbeitgeberin ist von grundlegender Bedeutung, weshalb sich die GPK für die Ergebnisse der Umsetzung der HR-Strategie interessiert. Das entsprechende Gesamtprojekt wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und soll im Herbst 2018 planmässig abgeschlossen werden. 2017 wurde die dritte gesamtstädtische Mitarbeitendenbefragung durchgeführt. Neben den absoluten Werten, die aktuell erzielt wurden, kann auch der Vergleich mit den Ergebnissen der beiden vorangehenden Befragungen relevante Erkenntnisse liefern. Die daraus allenfalls abzuleitenden Massnahmen sind dezentral zu erarbeiten. Die GPK erwartet, dass die Dienstabteilungen ihre Verantwortung wahrnehmen und dies durch das zuständige Stadtratsmitglied sichergestellt wird.

Die im Geschäftsbericht erwähnten unterstützten Projekte zur Entwicklungshilfe im Ausland sind in einem öffentlichen Stadtratsbeschluss im Einzelnen dargestellt (STRB 917/2017). Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat im Sinne des Postulats GR Nr. 2017/51 die Erarbeitung einer Richtlinie zur Public Corporate Governance in Auftrag gegeben hat und die erforderlichen Arbeiten seitens der Finanzverwaltung zusammen mit den hauptsächlich betroffenen Departementen Ende 2017 aufgenommen wurden. Die im Geschäftsbericht er-

wähnte Überprüfung und Anpassung der Eignerstrategie für die Parking Zürich AG wurde inzwischen bereits abgeschlossen (STRB 320/2018).

2.4 Sicherheitsdepartement (SID)

Neben den bereits eingereichten Fragen aus der ersten Lesung konnten noch zusätzliche Fragen, unter anderem zu den Jahresschwerpunkten, im persönlichen Gespräch mit der neuen Vorsteherin und den beiden zuständigen Departementsekretären geklärt werden.

Verkehrsklima und Kampagne «generell freundlich»: Das Verkehrsklima in der Stadt ist nicht gut, weil es zu viele rücksichtslose und aggressive Verkehrsteilnehmende gibt. Aus diesem Grund wurde die Kampagne «generell freundlich» lanciert. Diese soll einen Beitrag zur generellen Sensibilisierung leisten. Die Kampagne konnte in den Jahren 2015–2017 gemeinsam mit allen Verbänden und Organisationen im Verkehrsbereich durchgeführt werden. Der konkrete Erfolg der Kampagne war nicht klar messbar, trotzdem ist erwiesen, dass eine Verbesserung des Verkehrsklimas ein wichtiger Aspekt für eine höhere Verkehrssicherheit darstellt. Aus diesem Grund wird gemeinsam mit allen Verbänden eine Nachfolgekampagne ausgearbeitet. Die drei Pfeiler der Verkehrssicherheit (fehlerverzeihende Infrastruktur – Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden zu mehr Respekt – Durchsetzung der Verkehrsregeln) sollen verstärkt bearbeitet werden.

Dienstabteilung Verkehr 360 Grad Virtual Reality Film: Mit dem neuartigen 360 Grad Virtual Reality Film sollen alle Verkehrsteilnehmende gezielt auf häufige Gefahren im Stadtverkehr aufmerksam gemacht werden. Die drei Pfeiler der Verkehrssicherheit (siehe oben, Infrastruktur-Respekt-Regeln) sind allesamt gleichermassen wichtig und spielen zusammen. Die Auswahl der Filmszenen geht aus den Analysen eines Unfallgeschehens hervor. Die rechtzeitige Gefahrenerkennung könnte in den ausgewählten Verkehrssituationen viele Unfälle verhindern. Die Verkehrsteilnehmer/-innen sollen darauf aufmerksam gemacht werden, wo die Gefahren lauern und gefährliche Situationen erkennbar werden. Dies kann mit den Filmen gelernt werden. Darum ist das Interesse der Öffentlichkeit und der Fachwelt an den Filmen sehr gross.

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Im GUD kam es auf die neue Legislatur hin zu einem Wechsel der Vorsteherchaft sowie des GPK-Referenten.

Bereits im Vorgang zum Besuch beim Vorsteher zur Vorstellung des Geschäftsberichts am 28. Juni 2018 wurden alle 21 schriftlich eingereichten Fragen beantwortet, sodass keine weiteren Rückfragen eingereicht werden mussten.

Die Fragen betrafen so verschiedene Themenfelder wie Selbstbestimmtes Sterben, Öffentliche vs. Private Spitex, Flexibilität bei Dienstplänen oder die massive Zunahme bei den Speisepilzen im vergangenen Jahr, denn auch die Pilzkontrolle ist Teil des breiten Aufgabenspektrums des GUD.

Während des vergangenen Jahres, das der Geschäftsbericht abdeckt, gehörte das GUD für die GPK zu den arbeitsintensivsten Departementen. Die Gründe dafür werden auch im Bericht angesprochen: Die personellen Veränderungen bei der Stiftung Alterswohnungen (SAW) der Stadt Zürich, die Reorganisation der Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) und vor allem die Kosten und die Strategie der Stadtspitäler. Zu letzteren Themen heisst es im Bericht: «Die «Spitälerstrategie» bzw. das Programm «Stadtspital Zürich2020» wird die beiden Stadtspitäler, das GUD sowie Stadt- und Gemeinderat wohl auch in den folgenden Jahren weiter beschäftigen». Dieser Beurteilung kann die GPK nur beipflichten.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Obwohl die Referentin erst seit Kurzem dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) zugeteilt war, und sich der Vorsteher ebenfalls erst seit drei Wochen im Amt befand, war der Austausch anlässlich des offiziellen Gesprächs interessant und informativ.

Es wurden die Schnittstellen zwischen dem TED und anderen Departementen, das Hochschulquartier und die App «Züri wie neu» vertieft besprochen. Das TED ist noch mehr als andere Departemente auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen Departementen angewie-

sen, was bislang gut funktionierte und auch in Zukunft geplant ist. Das Thema «Masterplan Hochschulgebiet» liegt im Moment schwergewichtig beim Kanton, die Stadt hat ihre Stellungnahme eingereicht. Die App «Züri wie neu» ist für die Verwaltung aufwändig und hat ihren Preis. Die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass sich der Aufwand lohnt.

Die Ereignisse in der Dienstabteilung Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) wurden im Gespräch nicht vertieft thematisiert, da sie im Moment in einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) behandelt werden.

Auf die schriftlich eingereichten Fragen erhielt die GPK ausführliche und offene Antworten, so dass sich nach der zweiten Lesung keine weiteren Fragen aus der GPK ergaben. Es ging in erster Linie um Velofragen wie die Veloordnung und die Veloverbindung Stadttunnel, aber auch um das Fahrverbot auf dem Uetliberg und die Umbauarbeiten an der Bellerivestrasse.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Der Wechsel im Referat HBD brachte es mit sich, dass nebst vielen Fragen zum Geschäftsbericht auch die Erörterung einiger Querschnittsthemen anstand. Eine Bemerkung des Vorstehers des HBD im Vorwort des Kapitels im Geschäftsbericht, die die Beziehung zwischen Verwaltung und Politik thematisierte, wurde Gegenstand eines Austausches. Die Idee eines Treffens zwischen Verwaltungskadern und Gemeinderätinnen und Gemeinderäten wurde beiderseits als sehr geeignet erachtet, um die beiden «Welten» mit ihren Möglichkeiten und Grenzen einander näherzubringen. Allzu oft wird dies nämlich fälschlicherweise als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

Ein weiteres Thema war die Personalentwicklung, hier vorab der Frauenanteil und die auf den ersten Blick geringe Lehrlingsquote, die aber auch darauf zurückzuführen ist, dass im HBD teilweise eher das Praktikum branchenüblich ist. Das HBD ist UND-zertifiziert und ist sich der Diversity-Problematik sehr bewusst. Das Departementssekretariat ist zudem im KV-Verbund. Ein weiteres Thema war Ökologie am Bau, bei dem es zu einem generellen Erfahrungsaustausch kam, wobei herauskam, dass das HBD im Wesentlichen die aktuellen Ge-

setzesgrundlagen als Leitlinien einsetzt, sich aber noch nicht mit weitergehenden Herausforderungen wie etwa dem Pariser Klimaabkommen auseinandergesetzt hat.

Schliesslich kamen zahlreiche Einzelthemen zur Sprache, vom Zeitfenster für archäologische Notgrabungen (zu knapp) bis zum Mitwirkungsprozess beim Prozess Thurgauerstrasse (aus Sicht HBD umfassend) und vom Fahrplan beim Kommunalen Siedlungsrichtplan bis zum «Roten Telefon» (Helpline in Baufragen). Interessant auch die Auskunft der IMMO, dass keine eigentliche Rechtsgrundlage für Parkplätze von Mitarbeitenden vorhanden sei und sich daher auch kein Rechtsanspruch auf einen Parkplatz für Mitarbeitende ableiten lasse.

Alle Themen konnten nach einer Fragerunde zufriedenstellend abgeschlossen werden – und wo nicht, wird sich der Gemeinderat ganz gewiss noch mit den entsprechenden Geschäften intensiver befassen.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2017 mit dem Vorsteher des DIB sowie mit den Stabsmitarbeitenden erfolgte aufgrund der Wahlen nach der ersten Lesung durch die GPK. Im Gespräch wurden verschiedene Aspekte des Geschäftsberichts aufgegriffen und zu verschiedenen Themen Fragen gestellt.

Bei der Wasserversorgung interessierte der Wasserverbrauch. Die Schwankungen im Tagesverbrauch waren 2017 besonders ausgeprägt. Ausschlaggebend waren vor allem die Gemüsebauern der angeschlossenen Vertragspartner, die während trockenen und heissen Perioden ihre Felder bewässern müssen. Erfreulicherweise ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Wasser, dank dem bewussteren Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher, insgesamt leicht am Sinken. Dass Rohrbrüche auch bei einer sorgfältig geplanten Erneuerung der Infrastruktur nicht ganz zu vermeiden sind, zeigt sich aus der breiten Spanne der Rohrlebensdauer. Teilweise brechen Wasserrohre bereits nach 40 Jahren, andere halten vereinzelt mehr als 100 Jahre. Material, Bodenbeschaffenheit, Bodenbewegungen Belastung durch Verkehr und Korrosion sind Faktoren, die dies beeinflussen.

Beim Elektrizitätswerk (EWZ) wurden Partnerschaften, Beteiligungen und Investitionen besprochen. Der Anteil an Kernkraft beträgt weiterhin rund 40 % der Stromerzeugung. Die nicht marktberechtigten Kundinnen und Kunden (Haushalte und Kleinfirmen) erhalten vom EWZ seit 2015 nur noch Stromprodukte, die zu 100 % aus erneuerbaren Energien bestehen. Gehandelt wird Graustrom. Die GPK erkundigte sich auch, welche Projekte zur Revitalisierung von Gewässern im Raum Zürich mit dem Naturmade-Star Fonds unterstützt wurden.

Bei den Verkehrsbetrieben (VBZ) waren die Zielvereinbarung mit dem ZVV, die kürzlich veränderte Linienführung eines Busses, der Bestand und die Zufriedenheit des Personals sowie das Rollmaterial Thema. Aktuell bieten die VBZ mit den Niederflur-Cobra-Trams und dem Tram 2000 mit Sänften einen barrierefreien Zugang. Der Ersatz der hochflurigen Tram-2000-Flotte durch die 70 niederflurigen Flexity-Trams wird voraussichtlich bis 2024 abgeschlossen sein. Somit dürfte ab 2025 ein weitestgehend barrierefreier Zugang zu allen Fahrzeugen gewährleistet werden.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Die Diskussion um den Geschäftsbericht 2017 des SSD war einerseits vom Wechsel von Stadtrat Gerold Lauber zu Stadtrat Filippo Leutenegger geprägt, andererseits hat die Zuständigkeit innerhalb der GPK gewechselt. Es haben sich in der GPK zahlreiche Fragen gestellt, die im persönlichen Gespräch zwischen dem Referenten der GPK und den zuständigen Mitarbeitenden des Departements erörtert und diskutiert wurden. Ausserdem liegen die Antworten in schriftlicher Form vor.

Das Berichtsjahr sei ohne negative oder völlig unerwartete Vorkommnisse verlaufen. Es sei den Dienstabteilungen des Departements gelungen, die gesteckten Ziele zu erreichen und Geplantes umzusetzen. Das ungebrochene Bevölkerungswachstum stelle die ganze Stadt und insbesondere auch das SSD vor grosse Herausforderungen. Nach wie vor nehme die Anzahl der Schülerinnen und Schüler zu, die Auslastung der Infrastruktur habe ebenfalls zugenommen. Den notwendigen Schul- und Betreuungsraum zur Verfügung zu stellen, werde auch in den kommenden Jahren eine anspruchsvolle Aufgabe bleiben.

Trotz markantem Bevölkerungswachstum haben sich die Stellenwerte und die Anzahl Mitarbeitenden des SSD nicht signifikant verändert. Dabei hat die Anzahl Mitarbeitenden mit einem Pensum unter 50 % deutlich abgenommen. Insbesondere in höheren Funktionsstufen sind Männer nach wie vor stark übervertreten.

Das Departementssekretariat und die Zentrale Verwaltung berichten unter anderem über die Aktivitäten der Fachstelle für Gewaltprävention (FfG) hinsichtlich allfälliger Terroranschläge. In diesem Bereich seien neue Piktogramme erarbeitet, Abläufe definiert und eine entsprechende Handreichung für Schulen erarbeitet worden. Piktogramme und die Handreichung seien durch das Bundesamt für Polizei (Fedpol) kostenlos übernommen und als Verhaltensregeln bei einem Anschlag national verbreitet worden.

Die Verwaltungs- und Behördenentwicklung, die Umsetzung des Lehrplan 21 des Kantons Zürich, die Einführung des neuen Berufsauftrags, Entwicklungen in der Betreuung sowie weitere Themen haben Diskussionen über die Aktivitäten im Schulamt ausgelöst: Genügen die Ressourcen? Wie werden schulische und sportliche Talente weiterhin gefördert und wie können Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote sichergestellt und optimiert werden?

Im Schulbereich wurden Themen wie die Zuständigkeit der Mitarbeitendenbeurteilung für Lehrpersonen, das Angebot zur Berufsvorbereitung, zur Integration und Berufsbildung, die Schulraumplanung und Förder- und Entwicklungsmassnahmen diskutiert.

Bei den Schulgesundheitsdiensten ist die kontinuierliche Abnahme der Kosten pro Schülerin und Schüler zur Sprache gekommen. Die Kosten haben sich innert fünf Jahren um rund 20 % reduziert.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Im Gespräch vom 11. Juni 2018 mit dem Vorsteher des Sozialdepartements und den Departementssekretärinnen konnten diverse Fragen oder Unklarheiten im Zusammenhang mit den Ausführungen oder den tabellarischen Darstellungen im Geschäftsbericht 2017 geklärt wer-

den, unter anderem bezüglich folgender Themen: Planung von zusätzlichen temporären Wohnsiedlungen, Entwicklung der «Raum-Börse», Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit durch Alleinerziehende nach dem ersten Lebensjahr des Kindes, Handhabung des Verhältnismässigkeitsprinzips durch die KESB bei der Auslösung von Verfahren. Die aufgrund mehrerer statistischer Hinweise aufgestellte Hypothese, wonach sich die 40–49-jährigen zunehmend zur sozialen Risikogruppe entwickeln, kann derzeit nicht erhärtet werden. Neben den über 50-Jährigen, die die Hauptproblemgruppe auf dem Arbeitsmarkt darstellen, gilt das Augenmerk vor allem den Jugendlichen, die in Bezug auf Ausbildung und Arbeit, aber auch in Bezug auf ihre Sprachkompetenz eine Mehrfachproblematik ausweisen.

Der Vorsteher des Sozialdepartements informierte die GPK über den Stand beim Projekt «Citysoftnet», an dem die Städte Bern, Basel und Zürich beteiligt sind. Es handelt sich um ein Fallführungssystem, von dem man sich Synergien und für jede Stadt tiefere Entwicklungskosten verspricht. Fragen in Bezug auf die Wahrung der Interessen der erfassten Personen sind früh mit den Datenschutzbeauftragten der drei Städte geprüft und deren Empfehlungen bei der Ausstellung der IT-Verträge berücksichtigt worden. Auch die Möglichkeit eines Projektabbruchs oder des unilateralen Ausstiegs einer Stadt wurden dahingehend geprüft, dass das bisher Erarbeitete nicht in Frage gestellt wird.

Ausgehend vom Jahresbericht 2016 der Ombudsfrau, der die schwierige Wohnsituation von Sozialhilfebezüger/-innen anhand von verschiedenen Fallbeispielen beleuchtete, verlangte die GPK vom Vorsteher des Sozialdepartements Informationen über die «Strategie Wohnsituation» und über Massnahmen in diesem Bereich. Von den Sozialen Diensten wird die Wichtigkeit des Verbleibs oder des Zugangs zu günstigem Wohnraum für die Unterstützungsbezüger/-innen erkannt. Das SD interveniert nicht nur bei Hauseigentümer/-innen, sondern auch bei Baugenossenschaften, die sich im Rahmen der 1%-Klausel einverstanden erklären im Gegenzug zu einem sehr günstigen Baurechtszins ein Prozent ihrer Wohnungen sozial Bedürftigen anzubieten. Auch die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich stellt einen gewissen Anteil an Wohnraum zur Verfügung, um sozial benachteiligten Menschen eine menschenwürdige Bleibe zu verschaffen. In der GPK thematisiert wurde die Situation der einzelnen Sozialhilfebezüger/-innen, die wegen der Austrocknung des Wohnungsmarkts

in eine prekäre Situation geraten. Einer individuell effizienten Unterstützung dieser Menschen steht leider die Menge der Fälle und die damit verbundene grosse Arbeitslast gegenüber, die die Mitarbeiter/-innen der Sozialen Dienste zu bewältigen haben.

3. Abschreibungsanträge Postulate

Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte. Der Gemeinderat hat am 4. Juli 2018 die Trennung der Beratung des Geschäftsberichts und der Abschreibungsanträge zu den Postulaten diskutiert und begrüsst. Die diesjährige Beratung erfolgte in der GPK jedoch noch gemeinsam, weshalb der Gemeinderat über die künftig von einander unabhängigen Geschäfte voraussichtlich ein letztes Mal gemeinsam beschliesst.

Wie bisher lud die GPK auch in diesem Jahr die ursprünglichen Postulatseinreichenden – oder, falls diese nicht mehr im Rat sind, deren Fraktion – ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Dem Büro des Gemeinderats musste kein Postulat zur Stellungnahme vorgelegt werden, da keines aus einer nicht mehr bestehenden Kommission zur Abschreibung vorliegt. Hingegen hat die GPK in eigener Kompetenz über drei Postulate Stellung bezogen. Es handelt sich dabei um Postulate von Personen, deren Parteien im Gemeinderat nicht mehr vertreten sind. Die Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Fraktionen oder Parlamentsgruppen war ausgezeichnet, wofür die GPK sich bedankt. Die Fraktionsleitungen, respektive der Leiter der Parlamentsgruppe sorgten für die interne Verteilung und den fristgerechten Rücklauf. Die Stellungnahmen sind substantiell, sodass die GPK nicht um eine weitere Präzisierung bitten musste. Das gesamte Geschäft wurde nur noch auf elektronischem Weg abgewickelt.

Von insgesamt 155 (Vorjahr 165) Postulaten beantragt die GPK in 67 (Vorjahr 59) Fällen Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag, während sie für 88 (106) Postulate mit Begründung beantragt, die Abschreibung nicht gutzuheissen. Damit folgt die GPK einstimmig den Stellungnahmen aus dem Gemeinderat.

4. Motionen

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 92 der Geschäftsordnung des Gemeinderats innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt.

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt.

5. Dank

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

6. Detailanträge

Die nachfolgenden Postulate werden nach Prüfung durch die GPK zur Abschreibung, respektive zur Nichtabschreibung empfohlen.

Legende zu den Abschreibungsanträgen des Stadtrats

Ja = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats einverstanden.

Nein = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats nicht einverstanden.

Präsidialdepartement:

POS 2011/000161	18.05.2011 16.01.2013	Savarioud Marcel Areal des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf, Erhalt als strategische Landreserve für Sondernutzungen im Interesse der gesamten Bevölkerung
JA		
POS 2013/000330	18.09.2013 23.10.2013	SVP-Fraktion, CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Verzicht auf eine nominale Erhöhung der Kulturausgaben bis zum Ende der Kulturleitbildperiode 2018
JA		
POS 2014/000044	05.02.2014 03.09.2014	Recher Alecs Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind
NEIN		
POS 2014/000205	18.06.2014 22.10.2014	Garcia Isabel und Baumann Markus Einführung einer standardisierten CO2-Abgabe auf allen Flügen ab Zürich
JA		
POS 2015/000363	18.11.2015 25.11.2015	SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion und CVP-Fraktion Städtische Kulturpolitik, Verwendung einer aussagekräftigeren Kennzahl für die Kommunikation des Nettoaufwands
NEIN		
POS 2015/000388	02.12.2015 09.12.2015	Schiller Christina und Angst Walter Ausrichtung eines Infrastrukturbeitrags an den Trägerverein Art-Dock für die Zwischennutzung der noch stehenden Hallen des Güterbahnhofes
NEIN		
POS 2016/000028	20.01.2016 10.02.2016	von Matt Hans Urs und Traber Christian Preis- und Förderbeiträge an Kulturschaffende, Ausrichtung von Beiträgen an die berufliche Vorsorge gemäss dem Kulturförderungsgesetz
JA		



15 / 29

Finanzdepartement:

POS 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
JA		
POS 2002/000483	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
NEIN		
POS 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
JA		
POS 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
JA		
POS 2011/000338	14.09.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Graf Davy Erwerb der freierwerbenden Gebäude der kantonalen Polizei und Justiz für gemeinnützige Wohn- und Gewerbenutzungen
JA		
POS 2011/000377	05.10.2011 27.02.2013	Bär Linda und Badran Jacqueline Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht
JA		
POS 2012/000175	18.04.2012 27.03.2013	Meier Daniel und Utz Florian Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz genutzten Wohnraum
NEIN		
POS 2013/000016	16.01.2013 13.11.2013	Küng Peter und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln
NEIN		
POS 2013/000017	16.01.2013 13.11.2013	Utz Florian und Halser-Furrer Michèle Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich
NEIN		
POS 2013/000259	03.07.2013 22.01.2014	Angst Walter und Recher Alecs Umsetzung der Zielgruppenfokussierung des «Programms Wohnen» bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen
NEIN		



POS 2013/000270	10.07.2013 22.01.2014	Angst Walter Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit geltenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards
NEIN		
POS 2013/000344	02.10.2013 21.05.2014	Pflüger Severin und Tognella Roger Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und Industrienutzungen
NEIN		
POS 2014/000381	26.11.2014 07.01.2015	SP-, SVP-, FDP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktion Weiterführung der Verpflegungskioske am Seebecken sowie Weiterentwicklung des Gastronomieangebots hinsichtlich Angebotsvielfalt und Umfang
NEIN		
POS 2016/000095	23.03.2016 21.12.2016	Roy Shaibal und Hüni Guido Erwerb des Kasernenareals vom Kanton Zürich oder Nutzung des Areals im Baurecht
NEIN		
POS 2016/000420	30.11.2016 21.12.2016	AL-Fraktion Geplante Aktivitäten der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen im Bereich Zwischennutzungen und Kauf, Prüfung der Zweckmässigkeit
NEIN		
<u>Sicherheitsdepartement:</u>		
POS 1985/000005	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone
NEIN		
POS 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
NEIN		
POS 2004/000455	01.09.2004 06.06.2007	Bucher Gregor Universitätstrasse / Huttensteig, sichere Gestaltung der Strassenübergänge
JA		
POS 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
NEIN		
POS 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
NEIN		
POS 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
NEIN		

17 / 29

POS 2009/000258	10.06.2009 08.02.2012	Bloch Süss Monika und Butz Marlène Höhere Verkehrssicherheit auf dem Bahnhofplatz des Bahnhofs Enge
JA		
POS 2009/000330	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
NEIN		
POS 2010/000266	16.06.2010 12.01.2011	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser / Breitensteinstrasse
NEIN		
POS 2010/000426	06.10.2010 31.08.2011	Kälin Simon Überbauung Stadtraum HB, Benennung eines Maurice-Bavaud-Platzes anstelle des geplanten Le-Corbusier-Platzes
NEIN		
POS 2011/000098	30.03.2011 24.10.2012	Bourgeois Marc und Trevisan Guido Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda
NEIN		
POS 2011/000126	13.04.2011 31.10.2012	Schönbächler Marcel und Meier Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz
JA		
POS 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenützer via Internet oder Mobiltelefon
JA		
POS 2011/000360	28.09.2011 30.01.2013	von Planta Gian und Wüthrich Katrin Einführung von Tempo 30 auf der Hardturmstrasse zwischen den beiden Verzweigungen mit der Förlibuckstrasse
NEIN		
POS 2012/000099	14.03.2012 30.01.2013	von Planta Gian und Trevisan Guido Einrichtung einer Begegnungszone mit Tempo 20 an der Regensdorferstrasse zwischen Brühlweg und Holbrigstrasse
NEIN		
POS 2012/000166	11.04.2012 30.01.2013	Trevisan Guido und Uttinger Ursula Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich
NEIN		
POS 2012/000195	09.05.2012 30.01.2013	Küng Peter und Huber Patrick Hadi Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz
JA		



POS 2013/000039	06.02.2013 27.03.2013	Sangines Alan David und Mariani Mario Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten
NEIN		
POS 2014/000175	23.10.2013 04.06.2014	Hug Christina und Kisker Gabriele Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Beschränkung des Einsatzes von Laubbläsern und Laubsaugern auf die Monate Oktober und November
JA		
POS 2014/000009	08.01.2014 22.01.2014	CVP-Fraktion Fahrverbotszonen der Stadt, Verzicht auf eine Zufahrtbewilligung mit Gebührerhebung für die Zufahrtberechtigten
JA		
POS 2014/000293	26.03.2014 17.09.2014	Vocat Fabienne Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt
JA		
POS 2014/000107	02.04.2014 17.09.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velostreifen
JA		
POS 2014/000164	21.05.2014 11.06.2014	Scherr Niklaus und Schiller Christina Libérale Handhabung der Bewilligungspflicht für Einzelsalons sowie Aufhebung des Grundsatzverbots für sexgewerbliche Nutzungen in Zonen mit mindestens 50 % Wohnanteil
NEIN		
POS 2014/000203	18.06.2014 02.07.2014	Silberring Pawel und Steger Heinz F. Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte
NEIN		
POS 2014/000385	26.11.2014 12.12.2014	Leitner Verhoeven Andrea und Angst Walter Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB), Einführung eines eigenen Rechnungskreises ab 2016
NEIN		
POS 2015/000020	21.01.2015 18.03.2015	Silberring Pawel und Wyler Rebekka Passantenstopper bei Läden in Seitengassen von Kernzonen, Anpassung der Bewilligungskriterien
JA		
POS 2015/000104	08.04.2015 01.07.2015	Bär Linda und Silberring Pawel Sechseläutenplatz, Zulassung von künstlerischen Darbietungen
JA		

19 / 29

POS 2015/000107	15.04.2015 01.07.2015	Sangines Alan David und Bär Linda Verhinderung von auf «Racial Profiling» basierten Kontrollen durch die Stadtpolizei
JA		
POS 2015/000110	15.04.2015 01.07.2015	Urben Michel und Meier-Bohrer Karin Buseinfahrt an der Schaffhauserstrasse Höhe Tramendstation Seebach, Verbesserung der Signalisation für die Fussgängerinnen und Fussgänger
JA		
POS 2015/000137	20.05.2015 19.08.2015	Marti Min Li und Dubno Samuel Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern
JA		
POS 2015/000216	24.06.2015 19.08.2015	Akyol Ezgi und Schiller Christina Durchführung eines Pilotprojekts gegen Racial Profiling durch Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen
NEIN		
POS 2015/000232	01.07.2015 19.08.2015	Probst Matthias Verstärkte Verfolgung von Velodiebstählen durch eine Verlagerung von Stellen aus der Drogenfahndung
NEIN		
POS 2015/000233	01.07.2015 30.09.2015	Sobernheim Sven und Dubno Samuel Errichtung einer Begegnungszone auf der Löwenstrasse zwischen dem Löwenplatz und der Sihlporte
NEIN		
POS 2016/000342	05.10.2016 22.03.2017	Denoth Marco und Luchsinger Martin Bericht über die Vereinfachung der bargeldlosen Bezahlung von Parkgebühren
NEIN		
POS 2016/000461	21.12.2016 18.01.2017	Silberring Pawel und Traber Christian Sicherere Gestaltung des Fussgängerübergangs über die Leimbachstrasse bei der Abzweigung Rebenstrasse
NEIN		
POS 2017/000004	11.01.2017 25.01.2017	Richter Derek und Iten Stephan Versuchsweise Installation von Ampel-Spiegeln an ausgewählten Lichtsignalanlagen
NEIN		
POS 2017/000107	12.04.2017 28.06.2017	Rykart Sutter Karin und Probst Matthias Stadtpolizei, Umsetzung von Art. 54 des Strassenverkehrsgesetzes, Kontrolle sowie Verhindern der Weiterfahrt bei Fahrzeugen, die vermeidbaren Lärm verursachen
JA		



20 / 29

Gesundheits- und Umweltdepartement:

POS 2002/000332	11.09.2002 30.10.2002	SP-, FDP- und CVP-Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2013/000023	23.01.2013 21.08.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Einführung von Tempo 30 auf kommunalen Strassen, auf welchen die Lärmgrenzwerte überschritten werden
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000088	13.03.2013 10.09.2014	Hüni Guido und Garcia Isabel Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und ausländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetarischen Menüs
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000286	17.04.2013 21.08.2013	Esseiva Nicolas und Edelmann Andreas Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen der Abklärungen für Erschliessungsprojekte neuer Fernwärmeverbünde
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2015 / 000032	28.01.2015 20.05.2015	Hüni Guido und Garcia Isabel Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in den städtischen Verpflegungsbetrieben
----------------------	--------------------------	---

JA

POS 2015/000334	21.10.2015 04.11.2015	Lamprecht Pascal und Uttinger Ursula Erweiterung der Anzahl der Notfallparkplätze und der Parkzeiten bei den Stadtspitälern
--------------------	--------------------------	--

JA

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement:

POS 1992/000528	18.11.1992 25.05.1994	Baur Toni Veloroute Margaretenweg, Realisierung der fehlenden Teilstücke
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 1994/000154	18.05.1994 08.06.1994	Baur Toni und Niggli Peter Wollishofen, Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 1994/000169	25.05.1994 08.06.1994	Widmer Graf Andrea und 9 Mitunterzeichnende Kreis 2, Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2001/000340	20.06.2001 14.01.2004	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung
NEIN		
POS 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
NEIN		
POS 2004/000098	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffitis und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
JA		
POS 2004/000201	07.04.2004 13.09.2006	Danner Ernst Zehntenhausplatz, oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse
NEIN		
POS 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
NEIN		
POS 2007/000406	11.07.2007 30.09.2009	Leupi Daniel und Nielsen Claudia Sihl an der Lessingstrasse, Realisierung eines Stegs gemäss Richtplan
NEIN		
POS 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
JA		
POS 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
JA		
POS 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
NEIN		
POS 2009/000425	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
NEIN		
POS 2009/000514	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Bahnhof Wollishofen, behinderten- und familiengerechter Zugang zu den Perrons und zum Seeufer
JA		
POS 2009/000572	02.12.2009 09.12.2009	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege
NEIN		

POS 2009/000599	11.12.2009 29.02.2012	Bloch Süss Monika und Abele Martin Fussgängerführung vom Areal Sihlcity bis zur Haltestelle Sihlcity Nord
JA		
POS 2011/000055	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO2-Emissionsziele
NEIN		
POS 2011/000081	16.03.2011 30.03.2011	SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion Realisierung eines durchgehenden Fusswegs zwischen dem Botanischen Garten und der Lenggstrasse
NEIN		
POS 2012/000405	06.04.2011 07.11.2012	Aubert Marianne und Käppeli Hans Jörg Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung
NEIN		
POS 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
JA		
POS 2011/000202	08.06.2011 20.03.2013	Spiess Christoph und Blöchliger Patrick Ausbau des Velowegnetzes ohne Nachteile und Gefahren für die Fussgängerinnen und Fussgänger
JA		
POS 2011/000335	14.09.2011 17.04.2013	Hagger Joachim und Jäger Alexander Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos
NEIN		
POS 2011/000477	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke
NEIN		
POS 2012/000054	08.02.2012 14.03.2012	Knauss Markus Umgestaltung des Utoquais, Realisierung eines durchgehend abgesetzten Radstreifens
NEIN		
POS 2012/000068	29.02.2012 14.03.2012	Wepf Mirella und Manser Joe A. Entfernung oder Kürzung der Hecke auf der Seeseite des Utoquais
NEIN		
POS 2012/000103	14.03.2012 05.06.2013	Kälin Simon und Butz Marlène Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine

NEIN

POS 2012/000154	04.04.2012 05.06.2013	von Matt Hans Urs und Wepf Mirella Realisierung einer direkten Veloroute von der Eichstrasse (Kehrplatz) zur rechtsseitigen Sihlpromenade Richtung City
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2012/000210	23.05.2012 05.06.2013	Aubert Marianne und Rothenfluh Gabriela Erstellung eines von der Fahrbahn abgesetzten Fuss- und Velowegs parallel zur Seebacherstrasse ab der Bahnunterführung bis zum Friedhof Schwandenholz
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2012/000213	23.05.2012 13.06.2012	Recher Aleks Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp/Stadtgrenze und Stadelhofen
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000006	09.01.2013 27.11.2013	Bourgeois Marc und Pflüger Severin Spurreduktion am Vorderberg, bessere Abschätzung der Konsequenzen des geplanten Spurabbaus
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000069	06.03.2013 20.03.2013	Brander Simone und Knauss Markus Steigerung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität auf dem Hardplatz unter Berücksichtigung der Massnahmenvorschläge der Klimaanalyse
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000070	06.03.2013 20.03.2013	Käppeli Hans Jörg und Schönbächler Marcel Optimierung der Buskanten bei der Haltestelle Hardbrücke
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000109	27.03.2013 10.04.2013	Scheck Roland und Hüsey Kurt Öffentliche Ausschreibung für die Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000167	15.05.2013 27.11.2013	Knauss Markus und Probst Matthias Anpassung der Randabschlüsse bei Veloführungen über Trottoirs
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2013/000316	11.09.2013 26.03.2014	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2014/000021	22.01.2014 26.03.2014	Bär Linda und Kraft Michael Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2014/000096	26.03.2014 09.04.2014	Würth Eva-Maria und Weyermann Karin Bahnhof Tiefenbrunnen, Verbesserung der Umgebung, der Zugänglichkeit, der Aufenthaltsqualität sowie des Quartiernutzens
NEIN		
POS 2014/000108	02.04.2014 09.07.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der Hardbrücke
NEIN		
POS 2014/000155	14.05.2014 01.10.2014	Edelmann Andreas und Wyler Rebekka Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr
NEIN		
POS 2014/000188	11.06.2014 05.11.2014	Knauss Markus und Kisker Gabriele Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz
NEIN		
POS 2014/000274	03.09.2014 21.01.2015	Guggenheim Eduard und Gautschi Adrian Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Abschnitt Bederstrasse/Manessestrasse
JA		
POS 2014/000295	17.09.2014 21.01.2015	Merki Markus und Sobernheim Sven Velohauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach, gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation Oerlikon Ost
JA		
POS 2014/000322	22.10.2014 21.01.2015	Lamprecht Pascal und Esseiva Nicolas Realisierung von zusätzlichen Abenteuerspielplätzen in der Stadt
NEIN		
POS 2014/000348	05.11.2014 21.01.2015	Früh Anjushka und Bär Linda Zusätzliche Recyclingmöglichkeiten für PET und Aluminium in der Innenstadt und an stark frequentierten Orten
NEIN		
POS 2014/000349	05.11.2014 21.01.2015	Brander Simone und Knauss Markus Verbindungen über das Gleisfeld für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende zwischen Hardbrücke und dem Hauptbahnhof, Bericht über die Priorisierung und Finanzierung der Projekte
NEIN		
POS 2014/000352	05.11.2014 21.01.2015	Knauss Markus und Probst Matthias Negrellisteg, Realisierung durch eine private Finanzierung
JA		
POS 2014/000382	26.11.2014 13.12.2014	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Vermehrte Berücksichtigung von Velomassnahmen bei Strassenbauprojekten sowie Lärmsanierung von Strassen mit Massnahmen an der Quelle
NEIN		

25 / 29

POS 2014/000384	26.11.2014 13.12.2014	Probst Matthias Ausschliessliche Installation der kostengünstigen Veloabstellbügel Typ «Veloagraffe»
NEIN		
POS 2015/000014	14.01.2015 28.01.2015	Schäfli Corinne Schneeräumung auf Velowegen
NEIN		
POS 2015/000044	04.02.2015 04.03.2015	Knauss Markus und Trevisan Guido Bushaltestelle Bahnhof Hardbrücke, Verbesserung der Situation für die Passagiere und Velofahrenden mit einer Lichtinsel
JA		
POS 2015/000071	11.03.2015 27.05.2015	Moser Felix und Nabholz Ann-Catherine Verzicht auf eine Helikopter-Unterstützung bei der Bewirtschaftung der Waldgebiete der Stadt
JA		
POS 2015/000109	15.04.2015 16.09.2015	Altinay Petek und Esseiva Nicolas Öffnung der Recyclinghöfe Hagenholz und Werdhölzli für die Mitnahme von abgegebenen Haushaltsgegenständen
NEIN		
POS 2015/000160	27.05.2015 16.09.2015	Speck Roger-Paul und Sobernheim Sven Realisierung der regional klassierten Veloroute zwischen dem Schwamendingerplatz und der Kreuzung Altwiesenstrasse / Dübendorfstrasse
NEIN		
POS 2015/000162	27.05.2015 16.09.2015	Guggenheim Eduard und Bourgeois Marc Bahnhof Stadelhofen, Realisierung einer Parkieranlage für Velos auf der Gleisüberdeckung
NEIN		
POS 2015/00243	08.07.2015 02.09.2015	SP-, SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion Realisierung eines Rebbergs auf dem Hügel unterhalb der Grossen Kirche Fluntern
NEIN		
POS 2015/000264	19.08.2015 16.09.2015	Simon Claudia und Bodmer Onorina Sanierungsarbeiten am Central, bessere Koordination mit anderen Bauvorhaben sowie Verbesserung der Ersatzverbindungen und der Fahrplanempfehlungen
JA		
POS 2015/000352	04.11.2015 16.12.2015	Probst Matthias und Hirsiger Eva Aufhebung von Parkplätzen der Blauen Zone im nahen Perimeter des Neubauprojekts der Allgemeinen Baugenossenschaft an der Toblerstrasse
JA		

Hochbaudepartement:

POS 1975/000001	10.12.1975 28.04.1976	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende Kasernenareal, künftige Nutzung
JA		
POS 1987/000023	09.12.1987 09.11.1988	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
JA		
POS 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
JA		
POS 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung
JA		
POS 1998/000344	28.10.1998 13.01.1999	Zimmerling Enkelmann Anita und Bucher Judith Kasernenareal, Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung und Auflösung des Polizeigefängnisses
NEIN		
POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
JA		
POS 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
NEIN		
POS 2010/000034	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
NEIN		
POS 2012/000155	04.04.2012 04.07.2012	Huber Patrick Hadi und Küng Peter Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals
JA		
POS 2013/000204	05.06.2013 23.10.2013	Kisker Gabriele und Knauss Markus Bauten im Gebiet Dunkelhölzli, Herstellung des rechtmässigen Zustands
NEIN		
POS 2013/000391	13.11.2013 20.11.2013	Grüne-Fraktion Platzierung der ZM-Pavillons ohne Beeinträchtigung der Freihaltezonen und der von Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen
JA		

POS 2014/000111	02.04.2014 25.06.2014	Nabholz Ann-Catherine und Dubno Samuel Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention an Schulgebäuden
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2015/000012	02.04.2014 14.01.2015	AL-Fraktion Pflicht zum Erlass öffentlicher Gestaltungspläne für strategisch bedeutsame Areale der SBB in der Stadt
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2014/000204	18.06.2014 12.11.2014	GLP-Fraktion Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2015/000078	18.03.2015 20.05.2015	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Einbezug des Gemeinderats in die öffentliche Meinungsbildung zum Masterplan Hochschulgebiet 2014
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2016/000312	14.09.2016 14.06.2017	AL-Fraktion Erhalt von preisgünstigen Wohnungen bei Planungsvorhaben, Ergänzung der Massnahmen-Liste im Programm Wohnen als Auftrag an das Amt für Städtebau
--------------------	--------------------------	---

NEIN

Departement der Industriellen Betriebe:

POS 2001/000208	04.04.2001 02.04.2003	Hofstetter Stefan und 6 Mitunterzeichnende Hybridfahrzeuge, Beschaffung
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2011/000465	07.12.2011 12.06.2013	Hochreutener Andrea und Nüssli-Danuser Andrea Angebotsverbesserungen für die Aussenquartiere, die nur mit einer öV-Linie an das Stadtnetz angeschlossen sind
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2015/000245	08.07.2015 23.09.2015	Nabholz Ann-Catherine und Steger Heinz Einführung eines ZVV-Netzpasses für Hunde mit einem angemessenen Tarif
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2015/000309	16.09.2015 23.09.2015	Edelmann Andreas und Kunz Markus Zusätzliche Förderangebote für eine effiziente Nutzung von Solarstrom
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2016/000169	18.05.2016 26.10.2016	Tognella Roger und Egli Andreas Personenwagen der städtischen Dienstabteilungen, Erneuerung mit einem Elektromobilitätsanteil von mindestens 20 %
--------------------	--------------------------	--

JA

28 / 29

POS 2017/000358	04.10.2017 08.11.2017	Probst Matthias und Kunz Markus Weiterentwicklung der Smart Grid-Technologie in Richtung autonome Subnetze und intelligente Stromkunden
--------------------	--------------------------	--

JA

Schul- und Sportdepartement:

POS 2008/000238	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegerleichterungen, Kostensenkung
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000390	13.11.2013 25.06.2014	Esseiva Nicolas und Straub Esther Ferienangebot des Schul- und Sportdepartements, vermehrtes Angebot von ganz- und mehrtägigen Schulkultur-Programmen
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2014/000391	03.12.2014 17.12.2014	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Schliessung von Quartierstandorten der Pestalozzi-Bibliothek (PBZ), Kompensation durch eine Zusammenarbeit mit anderen Anbieterinnen und Anbietern
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2015/000033	28.01.2015 08.04.2015	Rosa Maino und Walter Angst Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2015/000266	19.08.2015 02.09.2015	Rosa Maino und Walter Angst Publikation der Beschlüsse der Kreisschulpräsidentinnen- und Präsidentenkonferenz im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2015/000310	16.09.2015 30.09.2015	Daniel Regli und Martin Götzl Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Verhinderung von sozialen Härtefällen bei Kindern, die nicht am Pilotprojekt teilnehmen
--------------------	--------------------------	--

JA

Sozialdepartement:

POS 2012/000236	06.06.2012 20.06.2012	Schwendener Thomas und Regli Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2013/000395	13.11.2013 11.06.2014	Tognella Roger und Frei Dorothea Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden Institutionen und Angeboten
--------------------	--------------------------	--

JA



29 / 29

POS	03.06.2015	Baumann Markus und Roy Shaibal
2015/000172	17.06.2015	Engere Zusammenarbeit der Sozialen Dienste und der Regionalen Arbeitsvermittlung des Kantons Zürich (RAV) zur Verbesserung der Situation der Arbeitssuchenden ab 50 Jahren

NEIN

POS	09.09.2015	Schäfli Corinne
2015/000303	04.11.2015	Richtlinien für die Einforderung von Konkubinatsbeiträgen

JA

7. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2017 (Beilage) wird abgenommen.

Referentin zur Vorstellung des Berichts: Präsidentin Christine Seidler (SP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Markus Kunz (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsidentin Christine Seidler (SP)
Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 17. September 2018